DEMOKRATIEARBEIT IN BERLIN UND BRANDENBURG DURCH "FÖRDERPAUSE" AKUT GEFÄHRDET!

Zum 1. Januar 2024 stehen die Berliner und Brandenburger Partnerschaften für Demokratie vor einer bisher unbekannten Herausforderung, möglicherweise sogar vor dem Aus. Zum ersten Mal seit Bestehen des Bundesprogramms Demokratie leben! droht eine Unterbrechung der Förderung. Diese Unterbrechung ist darauf zurückzuführen, dass der Bundeshaushalt 2024 bisher nicht verabschiedet wurde. Und trotz der verkündeten Einigung auf einen Haushalt haben die betroffenen Träger noch keine Zusage erhalten, dass vorläufige Projektfinanzierungen, die es für eine nahtlose Weiterförderung bräuchte, genehmigt werden. Das bedeutet zwangsläufig, dass die Förderung der Berliner und Brandenburger Partnerschaften für Demokratie und vieler anderer Projekte unterbrochen wird, da diese größtenteils bei kleineren gemeinnützigen Trägern der Sozialen Arbeit und der Jugendhilfe angesiedelt sind. Ohne die öffentlichen Zuwendungen können die Projekte nicht fortgeführt werden. Diese unsichere - in seiner jetzigen Dramatik zwar außergewöhnlichen, aber nicht ungewöhnlichen -Planungssituation, verbunden mit organisatorischem Mehraufwand und psychischen Belastungen (viele befristet beschäftigte Mitarbeiter*innen müssen sich gerade arbeitslos melden), erleben die Träger und damit die Mitarbeiter*innen durch die oft jährlich befristete Förderung an jedem Jahresende. Das hat auch immer Auswirkungen auf die, die unsere Begleitung benötigen.

Besonders Menschen, die auf die professionelle Unterstützung durch die Partnerschaften für Demokratie angewiesen sind, können nicht mehr beraten werden. Die Berliner und Brandenburger Landschaft für Demokratie und Vielfalt weist bisher eine personelle Kontinuität, das Fachwissen und das lokale Engagement bei der Vernetzung und Beratung von Menschen in höchst sensiblen Themenfeldern auf. Eine Förderunterbrechung wird das wirkungsvolle Gefüge gegen extrem rechte Bestrebungen, Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit ins Wanken bringen. Das ist besonders in Zeiten wie diesen, in denen Akteur*innen und Parteien mit extrem rechten Inhalten Aufwind haben, Bürger*innen sich aktiv und gewaltsam gegen migrantisierte und queere Menschen in Stellung bringen, Anschläge und Übergriffe verüben und das Recht auf Asyl grundsätzlich in Frage stellen nicht hinnehmbar. Durch den grassierenden Antisemitismus seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober wird diese ohnehin angespannte Lage nochmals verschärft.

Die Fach- und Koordinierungsstellen der Berliner und Brandenburger Partnerschaften für Demokratie konnten sich in den letzten Jahren immer stärker in den Berliner Bezirken und Brandenburger Kommunen etablieren. Wir als Mitarbeiter*innen der PfD Berlin und Brandenburg sind in den letzten Jahren immer mehr zu Expert*innen für die örtliche Arbeit gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt und Ansprechpartner*innen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geworden. Wir vermitteln ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Projekten Fördergelder und beraten sie zu oben genannten Themen. Jede Unterbrechung einer Förderung mit ungewisser Dauer gefährdet die mühsam und kontinuierlich aufgebaute Demokratie- und Vielfaltsarbeit in den Berliner Bezirken und Brandenburger Kommunen. Wir, die Mitarbeiter*innen der Berliner und Brandenburger Fach- und Koordinierungsstellen der Partnerschaften für Demokratie, sind häufig nur befristet beschäftigt. Ab dem 1. Januar 2024 ist folglich unklar, ob die wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt fortgeführt werden kann. Viele von uns werden nicht in der Lage sein, die Zeit bis zu einer eventuellen Fortsetzung des Programms zu überbrücken und dann wieder zur Verfügung zu stehen.

Deshalb fordern wir als Berliner und Brandenburger Koordinierungsstellen der Partnerschaften für Demokratie:

- Einigung auf einen Haushalt 2024 noch vor Ablauf des Jahres - ohne Kürzungen im Bereich der Demokratieförderung,
- schnellstmögliche Bewilligung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns für die Träger der Partnerschaften und die anderen Projekte des Bundesprogramms Demokratie leben!, damit die Arbeit fortgeführt werden kann,
- eine zügige Freigabe der Mittel für Demokratie leben! für das gesamte Jahr 2024 im Januar 2024,
- die schnellstmögliche Einlösung des Versprechens, durch das Demokratiefördergesetz eine nachhaltige Absicherung der Maßnahmen zu gewährleisten,
- Länder und Kommunen müssen im Notfall die Finanzierung absichern.

Ansprechpartner*innen:

Berlin:

Patrick Reichardt Externe Ku.F PfD Tempelhof-Schöneberg Reichardt@berlin.arbeitundleben.de 030 5130192-49

Brandenburg:

Mike Stampehl
Externe Ku.F PfD Westhavelland
& Nauen
pfd@stadt-rathenow.de
03385 596425

Unterzeichner*innen:

- Externe Ku.F PfD Bernau bei Berlin
- Externe Ku.F PfD Charlottenburg-Wilmersdorf
- Externe Ku.F PfD Charlottenburger Norden
- Demokratie in der Mitte: externe Ku.F PfD Wedding, PfD Moabit und PfD Zentrum
- Externe Ku.F PfD Forst (Lausitz)
- Fach- und Koordinierungsstelle PfD Hoher Fläming
- [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt: PfD Pankow Nord, Ost, Süd
- Externe Ku.F PfD Falkensee
- Externe Ku.F PfD Friedrichshain
- Externe Ku.F PfD Hellersdorf
- Externe Ku.F PfD Kreuzberg
- Fach- und Netzwerkstelle *Licht-Blicke*: PfD Lichtenberg und PfD Hohenschönhausen
- Koordinierungs- und Fachstelle PfD Märkisch-Oderland
- Externe Ku.F PfD Marzahn
- Externe Ku.F PfD Neukölln
- Fach-und Koordinierungsstelle PfD Oberhavel
- Externe Ku.F aus Ostprignitz-Ruppin
- Koordinierungs- und Fachstelle PfD Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umlandgemeinden
- Externe Ku.F Reinickendorf
- Externe Ku.F Spandau Nord und Spandau Süd
- Externe Ku.F PfD Spremberg
- Externe Ku.F PfD Storkow (Mark) u. Amt Scharmützelsee
- Externe Ku.F PfD Teltow-Fläming
- Externe Ku.F PfD Tempelhof-Schöneberg
- Externe Ku.F LAP/ PfD Uckermark
- Externe Ku.F PfD Westhavelland&Nauen
- Fach- und Netzwerkstelle Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick: externe Ku.F PfD Altglienicke, PfD Schöneweide und PfD Treptow-Köpenick
- Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«

